

iFijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 273

27. Nov. 2002

9. Jahrgang

Wachsendes Genderbewusstsein unter Männern: Modeerscheinung oder echte Veränderung?

Josué F. Revolorio Illescas ist Berater für Genderfragen und Männlichkeit. Seit über fünfzehn Jahren arbeitet er zum Thema Männer- bzw. Frauenrollen und Geschlechterbewusstsein in den verschiedenen Regionen Guatemalas und mit unterschiedlich zusammengesetzten Gruppen. Der folgende Artikel ist in der Sommer-Ausgabe des *Report on Guatemala* von NISGUA erschienen.

Mit guatemalteken Männern an der Aufdeckung und Veränderung von sexistischem Verhalten zu arbeiten, ist eine faszinierende Herausforderung. Dank der Frauenbewegung haben in den letzten Jahren viele guatemalteke Männer ihr Bewusstsein bezüglich Genderthemen und Frauenrechte erweitert. Männer aus eher progressiven Kreisen beginnen, eine geschlechterbewusste Sprache zu benutzen, wenigstens auf Papier, und treten für volle Partizipation von Frauen in Gesellschaft und Politik ein. Eingang in die Massenmedien oder Alltagsprache hat der geschlechterbewusste Sprachgebrauch jedoch noch nicht gefunden. Auch scheint es, dass viele der neuen Sprachmode folgen, ohne die Gründe für eine Analyse der Geschlechterrollen oder die Notwendigkeit des mühseligen Kampfes um Veränderung zu verstehen.

In Workshops und Diskussionen wurde ich mit einer grossen Spannweite von Verhaltensformen konfrontiert. Das reicht von tief verwurzelt und unhinterfragtem Sexismus, bis hin zu aufrichtigem Respekt gegenüber Frauen und Engagement für die Gleichstellung. Seit sieben Jahren leite ich Workshops über Geschlecht und Macht, Geschlecht und Gewalt, männliche Identitäten und sexuelle wie reproduktive Gesundheit. Ich arbeite mit Männern und Frauen, Jugendgruppen und Kooperativen, indigenen Gemeinden und ausgegrenzten städtischen Nachbarschaftsinitiativen etc. Meine Methodologie beruht auf der *educación popular* und Partizipationstechniken.

Sexismus, Gewalt und Eifersucht

Die WorkshopteilnehmerInnen untersuchen Geschlechterrollen, Stereotype und Einstellungen, um sexistische Muster zu erkennen, die wir für selbstverständlich halten. In lebhaften wie schmerzhaften Diskussionen überdenken sie direkt oder indirekt erlebten Sexismus und ihre Beteiligung an der Unterdrückung.

Die guatemalteke Version des Sexismus, der *machismo*, beinhaltet Gewalt, Homophobie, Besitz- und Kontrolldenken. So reden in ungezwungenen Gesprächen Männer regelmässig über ihre *compañeras* (Partnerinnen, Ehefrauen und Freundinnen) in Besitzformen, wie etwa 'meine Frau' oder 'meine Rippe' (bezugnehmend auf Adam und Eva). Sie empfinden oder bekräftigen lautstark, dass ihre Ehefrauen ihr persönlicher Besitz seien und schliessen daraus: "Ich kann mit ihr machen, was immer ich will." Dieses Verhalten zeigt sich in

häuslicher Gewalt, erzwungener Sexualität und im Einschränken der Frauen bezüglich ausserhäuslicher Aktivitäten. Laut Statistik wird jede vierte guatemalteke Frau einmal jährlich von einem Mann geschlagen. Manche Männer erzählen von Vätern, die ihre Töchter oder Enkelinnen sexuell missbrauchen, weil sie der Meinung sind, es sei besser, wenn Verwandte statt ein Fremder oder gar ein zukünftiger Ehemann "sich an der Jungfräulichkeit des Mädchens erfreue".

Ein weiteres wesentliches Merkmal des guatemalteken *machismo* ist *celos*, Eifersucht. Männer, die aus Eifersucht handeln, misstrauen ihren weiblichen Verwandten und versuchen ihre Bewegungsfreiheit und ihre Ausserkontakte einzuschränken. Sie rechtfertigen dieses Verhalten, indem sie behaupten, ihre Freundin oder Ehefrau könnte untreu sein, sobald sie ausser Sichtweite ist, oder ihre Schwestern und Töchter neigten dazu, sexuelle Verhältnisse ohne Einverständnis ihrer Väter oder Brüder einzugehen. Gleichzeitig erlaubt aber die Doppelmoral Männern aussereheliche Affären und schon in jungem Alter sexuelle Experimente. All dies wird kaum verurteilt, sondern meist als akzeptierte Norm wahrgenommen.

Mittels Reflexionen fangen die TeilnehmerInnen von Workshops an, den *machismo* und die Idee, dass Geschlechterrollen angeboren oder vorbestimmt sind, zu hinterfragen. Sie realisieren, dass guatemalteke Frauen dahingehend sozialisiert werden, den Bedürfnissen und Wünschen von Männern zu dienen, Haus- und Sexarbeit zu leisten und Männern durch ihr Aussehen zu gefallen. Sie fangen an, die eklatante gesellschaftliche Verdinglichung von Frauen wahrzunehmen und zu verurteilen. So erkennen sie, wo Frauen als Ware benutzt und dargestellt werden: Auf der Strasse, wenn Männer ihnen nachpfeifen, an den landesweit gut besuchten Schönheitswettbewerben und in der Fernsehwerbung, den Pin-ups in Zeitungen und Plakataushängen, wo Modelle in minimalster Bekleidung und sexuell anreizenden Posen Konsumgüter offerieren.

Neugefundener Einbezug oder fortwährende Unsichtbarkeit?

Sexismus zu benennen ist nur der erste Schritt in einem langen Bewusstseins- und Transformationsprozess.

Verhaltensveränderungen hinken hinter der vorgeblichen Anerkennung von Frauenrechten her. So besagt zum Beispiel ein guatemalteckischer Ausdruck: "Wer seine Frau schlägt, ist ein Feigling". Demgegenüber demonstriert das Überhandnehmen von Missbrauch in der Ehe, dass eine solche Verurteilung von Gewalt weitgehend auf den Diskurs reduziert wird. Sogar Gruppen mit dem erklärten Ziel, die Diskriminierung zu bekämpfen, haben Mühe, die Notwendigkeit einer Veränderung der Männer wirklich zu verstehen oder zu akzeptieren.

Einige NRG's machen halbherzige Anstrengungen, eine geschlechtergerechte Sprache zu benutzen, um potentiellen Geldgebern zu imponieren oder die Richtlinien von Unterstützungsorganisationen zu erfüllen. Sie benutzen kombinierte männlich/weibliche (los/las) oder geschlechtsneutrale Artikel (l@s), hängen dann aber den männlichen Plural der Substantive an, wie *todos* (alle) *compañeros* oder *hombres* (Männer/Menschen), auch wenn sie beide Geschlechter mit meinen. Solche Gruppen kümmern sich wenig oder gar nicht darum, dass sie mit dem Gebrauch von rein männlichen Begriffen die Unsichtbarkeit der Frauen in der guatemalteckischen Gesellschaft fortführen.

Begrenzte Konzepte von Genderarbeit findet man auch in gut gemeinten aber unangebrachten Initiativen im Bereich ökonomischer Entwicklungsprojekte. So glauben einige NRG's mit einem Genderansatz zu arbeiten, einzig weil sie Frauen in gewisse Aktivitäten integrieren. Viele Gruppen entwickeln Kleinstprojekte, die sich mit traditionellen Frauenrollen beschäftigen, wie Kochen, Backen, Nähen und Gartenarbeit. Diese mögen zwar die materiellen Bedingungen von Frauen verbessern, geschlechtsbedingte Unterordnung und Unterdrückung bleiben aber unwidersprochen. Sie können sogar verstärkt werden, insbesondere wenn Frauen in Entscheidungsprozessen über das Gesamtprojekt nicht mitreden dürfen. Ein Bäckereiprojekt für zurückgekehrte Flüchtlinge in Huacut, Petén, das Frauen ein eigenes Einkommen ermöglichen sollte, scheiterte zum Beispiel daran, dass Männer das Management übernahmen und die Frauen darauf hin schnell das Interesse am Projekt verloren. In der Tat entscheiden in fast allen Finanzbeschaffungsprojekten von Frauen Männer (Ehegatten oder Gemeindeführer) über die Verteilung des Profits.

Dennoch ebnen auch traditionell männerdominierte Gruppen den Weg für Gleichberechtigung. Die indigene BäuerInnenorganisation CONIC hat landesweit starke Frauenkomitees. Und auch an der Universität San Carlos wählten

StudentInnen dieses Jahr zum ersten Mal einen Mann und eine Frau gemeinsam als FührerIn des Jahresmarsches.

Durch meine Arbeit mit Männer- und gemischten Gruppen versuche ich, Menschen einem Konzept zu verpflichten, das Genderarbeit genauso mit Männerentwicklung als auch mit Frauenentwicklung verbindet. Um Sexismus zu bekämpfen, braucht es Männer wie Frauen. Bis dies auch guatemalteckische Männer realisieren und verinnerlichen, werden sie weiter handeln, denken, Macht ausüben und Geschlechterrollen zuweisen wie seit jeher, auch wenn sie neuerdings auf den Sprachgebrauch achten.

Widerstand gegen Veränderung

Trotz ersten Schritten in Richtung sozialer Umgestaltung, fordert die neuerliche Verlagerung des guatemalteckischen Männerdiskurses keine fundamentale Veränderung des patriarchalen Modells. Sogar diejenigen Guatemalten, die für die Partizipation von Frauen eintreten, haben Mühe mit den autonomen Frauenorganisationen. Sie bevorzugen traditionelle Modelle, in denen weibliche Partizipation abhängig ist von der Erlaubnis, Bevormundung und Kontrolle von Männern.

Wenn guatemalteckische Frauen sich organisieren, um Geschlechterrollen zu diskutieren und zu verändern, grummeln sie etwa: "Frauen wollen jetzt alles alleine entscheiden". "Diese Frauen sind einfach gegen Männer". "Frauen drehen die Tortilla um (stellen alles auf den Kopf) und wollen Männer unterdrücken".

Die patriarchale Gesellschaft, die uns formt (und verformt) stellt ideologische Mechanismen zur Verfügung, die es den Guatemalten leicht machen, sich der Herausforderung zu verweigern. Kulturelle Muster sind derart verwurzelt, dass es offenbar schwierig ist, die eigene Verantwortung für das Fortbestehen von Sexismus wahrzunehmen. Oft machen Männer die Frauen dafür verantwortlich, indem sie ermüdende Rechtfertigungen heranziehen: "Meine Mutter/Tante/Grossmutter hat mich gelehrt, ein Sexist zu sein". "Es ist ihre eigene Schuld, dass sie vergewaltigt wurde."

Über die Jahre ist mir aufgefallen, dass sich der Widerstand guatemalteckischer Männer gegen Gleichstellung nach sozialen Schichten und Schulbildung unterscheidet. Ärmere Männer mit wenig Schulbildung sind anfänglich oft resistent gegen Geschlechterthemen. Dennoch öffnen sie sich recht schnell für neue Ideen und Analysen, da sie einsehen, dass die Unterdrückung der Frauen ihrer eigenen Unterdrückung als Mitglieder der unteren Schicht gleicht.

Mit steigender Schulbildung

wächst die Möglichkeit, Macht über andere auszuüben. Daraus folgt, dass Männer mit höherem Bildungsniveau sich leidenschaftlicher für ihren privilegierten Status einsetzen und sich jedem Wandel verweigern. Andererseits wollen sie aber auf dem Weg zur Gleichberechtigung auch nicht rückständig oder unkultiviert wirken. Somit leisten gebildete Männer oft Lippenbekenntnisse an die Idee der Frauenrechte, rechtfertigen aber gerne ihre Abneigung für weibliche Gleichstellung mit Verallgemeinerungen, über die sie gerne lange und eloquent argumentieren. Ihre Argumente sind oft biologistischer Art: "Frauen sind emotional, sensibel und subjektiv" behaupten sie. "Wir Männer sind objektiv und rational." Sie zeigen sich gerne paternalistisch und bestehen darauf, dass Frauen "zu ihrem eigenen Schutz" besser zu Hause bleiben.

Laut meinen Erfahrungen müssen sich Männergruppen erst mit organisierten Frauen und verschiedenen Denkmodellen auseinandersetzen, um Mut zu fassen, ihr eigenes Verhalten nachhaltig zu verändern.

Werkzeuge für eine Veränderungen

Ein guter Ansatz, dem Sexismus in Guatemala zu Leibe zu rücken, sehe ich in der Anerkennung, Reflexion, Analyse und Umsetzung der Maya-Weltsicht. Laut Theorie, Moral und ästhetischen wie philosophischen Prinzipien basiert diese Weltsicht auf Dualität, gegenseitiger Ergänzung und Gleichgewicht. Diese Perspektive wertschätzt und fördert den Respekt für Unterschiede und definiert Beziehungen (unter Menschen, wie auch zwischen Mensch und anderen Lebewesen) mit Begriffen von Gleichheit und Harmonie, statt mit Überlegenheit und Dominanz. Der Mayabegriff für Göttlichkeit, "Mutter-Vater", reflektiert die Idee von männlich/weiblicher Ergänzung. Dies zeigt sich auch in der Verehrung von Mayapriesterinnen und weibliche Führerinnen in traditionellen Indigenastrukturen. Männern und Frauen aus Indigenaregionen fällt die Diskussion, Vorstellung und Umgestaltung von Geschlechtergleichgewicht und die Gleichstellung daher leichter als anderen GuatemaltenInnen.

Ein weiterer Raum für Veränderung findet sich in Männerkollektiven. Guatemalteckische Männer treffen sich dort, um ihr Leben und ihre Erfahrungen zu diskutieren. Sie fragen sich, was es bedeutet, ein Mann zu sein, wie die Gesellschaft Männer prägt, wer unsere Vorbilder für Männlichkeit sind, was wir durch Machoverhalten gewinnen und verlieren und wer unter den Konsequenzen unseres Sexismus leidet. Selbsthilfegruppen können mithelfen, den eigenen

machismo zu 'verlernen', um wahrhaftig verantwortungsvoll, respektvoll und gewaltfrei zu werden und sich dem Aufbau gleichberechtigter Beziehungen zwischen Männern und Frauen zu verpflichten.

Überwinden der Ängste

Sobald sich Männer mit Gleichberechtigung konfrontieren, stossen sie auf viele Herausforderungen und Ängste. In Diskussionsgruppen finden sie ein Umfeld, das ihre Zurückhaltungen und Ängste vor der wachsenden Selbstbestimmung der Frauen ernst nimmt. Die Angst, Macht und Kontrolle zu verlieren, trifft uns hart und lähmt uns zuweilen. So auch die Angst mehr Verantwortung für Haushaltsaufgaben und Kinderarbeit zu übernehmen. Wir befürchten, dass unabhängige Frauen weder auf unsere ökonomische, noch auf unsern psychologische Unterstützung angewiesen sind, dass unsere Kumpels uns für den "Verlust an Männlichkeit" und wegen scheinbarer Schwäche kritisieren. Wir haben sogar Angst, unsere Eifersucht aufzugeben, so unangenehm sie auch ist. Denn auch sie ist ein Pfeiler im System, das uns Vorherrschaft sichert.

Hinter männlicher Abneigung gegen Genderfragen lauert auch noch eine andere Angst, Erich Fromm nennt sie "Angst vor der Freiheit". Für Männer bedeutet der Wandel vom *machismo* zu Gleichberechtigung nicht nur Verlust von Macht und Privilegien, sondern er befreit uns auch aus den Ketten eines restriktiven, gewalttätigen und emotio-

nal unterdrückerischen Modells von Männlichkeit.

Langsam dämmert es guatemaltesischen Männern, dass *machismo* nicht nur Rollenbilder und die Entwicklung von Frauen einschränkt, sondern auch die eigene. Indem wir auf Gewalt gegen Frauen zurückgreifen, reduzieren wir uns auf rohe Gewalt und Instinkte, bar jeglichen Intellekts, Respekts und Urteilsfähigkeit, welche gewissenhafte Menschen charakterisieren.

Was aber geschieht, wenn guatemaltesische Männer den *machismo* zurückweisen? Wenn wir nicht mehr durch festgefahrene kulturelle Normen eingeschränkt werden, die uns vorschreiben,

wie wir sein und uns verhalten sollen, werden wir anfangen, unsere Gefühle und Emotionen freier auszudrücken. Wir werden auch Eifersucht und Besitzdenken aufgeben, welche erfreuliche und gegenseitig erfüllende Beziehungen mit unseren PartnerInnen verhindern. Indem wir die Aufgaben und Lasten, die traditionell von Frauen getragen werden, teilen, werden wir den Frauen in unserer Umgebung näher kommen. Wenn wir unsere *compañeras*, Schwestern und Töchtern unterstützen, sich im Beruf und in akademischen, politischen und sozialen Gebieten zu entwickeln, bereichern wir damit die ganze Familie und das ganze Land.

Gender(un)bewusstsein in der Praxis

Guatemala, 14. Nov. Mehr als 34% der guatemaltesischen Frauen können weder lesen noch schreiben, und von diesen gehören ungefähr 60% einer Maya-Volksgruppe an. Dies trägt zu dem Ergebnis bei, dass Guatemala das Land mit der zweithöchsten Rate des weiblichen Analphabetismus Lateinamerikas ist, wie das Dokument "Fortschritte in der Beteiligung der guatemaltesischen Frauen 1997-2001" zum Schluss kommt.

Laut der Untersuchung, die vom *Nationalen Frauenforum* erarbeitet und kürzlich bei der Regierung eingereicht worden ist, bleibt der Mangel an Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und die Verletzung ihrer Rechte eine Konstante im Land, obwohl es auf nationaler und internationaler Ebene zu Fortschritten in Sachen Gleichberechtigung der Frauen im Rahmen der Gesetzgebung gekommen ist.

Im ländlichen Raum ziehe man es immer noch vor, bloss die Jungen in die Schule zu schicken, was sich in den Bildungsindikatoren niederschlägt. Diese zeigen auf, dass nur 46% der eingeschriebenen GrundschülerInnen Mädchen sind und dass über die Hälfte der Mädchen, die auf dem Land leben, vor der dritten Klasse die Schule abbricht. Lediglich eines von acht Mädchen schliesst die sechste Grundschulklasse ab, so die Untersuchung.

Das *Frauenforum* nennt als eine der Ursachen des Schulabbruchs von Mädchen die niedrige Schulausbildung der Eltern sowie sozio-ökonomische Gründe, die die Mädchen dazu zwingen, zu arbeiten, um zu überleben. Oft werden die Minderjährigen für Hilfsarbeit im Haushalt und fürs Aufpassen auf ihre Geschwister zu Hause behalten.

Der Bericht zeigt auch auf, dass, obwohl der Frauenanteil in den letzten Dekaden einen Anstieg um fast 50% in

der Oberstufe mit verschiedenen Berufszweigen und um 41% in der Hochschulausbildung verzeichnet, sich dies immer noch nicht in der Besetzung von Arbeitsplätzen niederschlägt. Dies sei wohl deswegen so, weil viele der erworbenen Kenntnisse und Handfertigkeiten sozial nicht anerkannt seien.

Schliesslich merkt die Untersuchung an, dass Frau-sein im aktuellen Kontext und einer Gesellschaft wie der guatemaltesischen bedeutet, mit Einschränkungen konfrontiert zu sein bei der Einforderung zivil-politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte.

Auch die *Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur* (UNESCO) beschäftigt sich mit den Themen Gender und Bildung: In ihrem jüngsten Bericht erscheint Guatemala auf der Liste der 31 Länder, die es nicht schaffen werden, die Diskriminierung der Frauen in Sachen Bildung und Erziehung bis ins Jahr 2015 zu überwinden.

Der Weltbericht 2002 über das Programm *Bildung für Alle* stellt fest, dass um die 860 Millionen erwachsene Personen auf der ganzen Welt AnalphabetInnen sind und mindestens 79 Länder ihre entsprechenden Indizes nicht halbieren können. Die UNESCO hebt hervor, dass von 57 Ländern 13 lateinamerikanische es nicht erreichen werden, ein adäquates Niveau der Grundschulausbildung zu gewährleisten. Gründe dafür seien die fehlenden finanziellen Mittel und die Geschlechter-Ungleichheit in den Klassenräumen.

Laut des Berichts leben 26% der Weltbevölkerung in den Ländern, denen es nicht möglich ist, allen ihren Kindern eine kostenlose Bildung zu bieten und die AnalphabetInnenquote, die vor allem die Frauen betrifft, zu reduzieren.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!**

**2502 Biel
PC: 30-516068-6**

**Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treec**

**Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller**

**Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43**

**E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch**

**Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.**

**E-Mail-Abo: 85.- Fr.
Erscheinungsweise vierzehntägig.**

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Die FRG weiterhin am (Geld-)Hebel

Guatemala, 16. Nov. Bereits zwei Monate im Voraus hat die Mehrheitsfraktion der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) mit Unterstützung der *Guatemalteckischen ChristdemokratInnen* (DCG) und der *Demokratischen Union* (DU) die jährliche Wahl des Kongressvorstandes durchgeführt, bei der es zur Neubesetzung weniger Posten kam. Efraín Ríos Montt bleibt, wie nicht anders zu erwarten, weiterhin Präsident des Kongresses, auch seine vier Vertreter und der erste Staatssekretär Haroldo Quej Chen bleiben, während die weiteren vier StaatssekretärInnen abgelöst werden. Der neue Vorstand des Kongresses tritt am 14. Januar sein Amt an.

VertreterInnen der Opposition sehen als Grund der Vorverlegung dieser Wahlen die nahenden Präsidentschaftswahlen, bei denen die FRG befürchten könnte, ohne Mehrheit zu bleiben. Dank dieser war es ihr bislang möglich, ohne grössere Schwierigkeiten diverse Entschiede im Kongress allein zu treffen. Unionsmitglied Ricardo de la Torre hält diese vorgezogene Wahlaktion der FRG für einen Versuch, einige Abgeordnete aus den eigenen Reihen bei Laune zu halten, die Anzeichen gemacht hatten,

die Partei zu verlassen.

Doch noch ist die FRG im Kongress in der Mehrheit und nutzt dies wieder einmal ergiebigst aus. Mit der alleinigen Beteiligung ihrer Mitglieder verabschiedete der Kongress ein Haushaltsbudget für 2003 von 29'600 Millionen Quetzales. Die Exekutive hatte anfangs wohl rund 27'300 Mio. beantragt, doch die FRG hielt es für notwendig, "etwas mehr" zu budgetieren. Der Überschuss wurde kurzerhand dem Erziehungs- und -wen wundert's? - dem Verteidigungsministerium zugestanden.

Die Nutzniesser einer Haushaltserhöhung waren ausserdem das Innen-, das Gesundheits- und das Landwirtschaftsministerium, daneben stieg der Anteil für die Staatsverpflichtungen der Schatzmeisterei am stärksten. Neben dem Obersten Gerichtshof, der Staatsanwaltschaft und dem Verfassungsgericht, denen im Schnitt etwa 900 Mio. Quetzales zugestanden werden, werden das Menschenrechtsprokurat und das Generalprokurat der Nation mit 40 bzw. 36 Mio. Quetzales abgespeist. Heftig von der Opposition kritisiert wurde die Kürzung des Etats für das Erziehungsministerium von ursprünglich rund 3'400

Mio. auf rund 3'250 Mio. Quetzales, wobei der "Gewinn" dem Landwirtschaftsministerium zugebilligt wurde.

Diese Entscheidung basiert laut Mario Rivera, dem Präsidenten der Finanzkommission, auf der Tatsache, dass dieses (das Landwirtschaftsministerium!) sich um die Verteilung von Schulmahlzeiten zu kümmern habe. Unter den Sozialen Fonds ist FONAPAZ, der *Nationale Friedensfonds*, der am meisten begünstigte. Ihm obliegt die Aufgabe, das Geld in den Bau und Reparaturarbeiten an Schulgebäuden, sowie in die Möbelausstattung derselben zu investieren.

Rivera wies darauf hin, dass der Haushalt den Anforderungen des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) entspreche.

Um das verabschiedete Staatsbudget zu finanzieren, fliessen Q 21'935,9 Mio. aus Steuern, während der Anteil aus Kapitalressourcen 103,0 Mio. Quetzales decken werden. Die fehlenden Q 7'649,7 Mio. müssen durch Verschuldung, internationale Darlehen bzw. die Anlage von Schuldanleihen, den momentan heiss umstrittenen 'Eurobonos', aufgebracht werden.

Wieder mal etwas Taschengeld für den Generalstab

Guatemala, 12. Nov. Die Abgeordnete der *Allianz Neue Nation* (ANN), Ninth Montenegro reichte zum achten Mal in diesem Jahr Klage gegen den Generalstab des Präsidenten (EMP) ein, der eine erneute Haushaltsüberweisung, dieses Mal in Höhe von 10,4 Millionen Quetzales, eingesteckt hat. Laut Montenegro handle die Regierung völlig inkongruent in der Verwaltung des Staatsetats. "Sie verschuldet uns mit 700 Mio. US\$ (damit bezieht sie sich auf die 'Eurobonos' genannten Staatsanleihen, d. Red.) um davon 400 Mio. dem Ministerium für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnraum (MICIVI) zu geben, da dieses kein Geld hat, um seine Schulden zu bezahlen. Gleichzeitig wird diesem Ministerium fast jeden Monat etwas von seinem Haushalt genommen, was wiederum dem Generalstab und dem Verteidigungsministerium zu Gute kommt."

Um das EMP wirtschaftlich zu stärken, kürzte das Finanzministerium mal eben das Budget einiger Ministerien. Das für auswärtige Beziehungen, das für Kommunikation (MICIVI) und das für Energie und Bergbau durften diesmal dran glauben.

Die Kongressabgeordnete machte darauf aufmerksam, dass das Verschulden mittels der Emission von Schuldverschreibungen lediglich eine Ausrede sei, denn "die wah-

re Absicht dahinter ist, wie immer, die Staatsabteilungen zu bevorzugen, die etwas mit den bewaffneten Streitkräften zu tun haben. Über solche Dreiecksbeziehungen können diese ihren ursprünglichen Haushalt problemlos vergrössern."

Montenegro hob hervor, dass die Überweisungen an den Generalstab immer mit irgendeiner Auslandsreise Präsident Portillo's zusammenfielen und erinnerte dabei daran, dass das Staatsoberhaupt in dieser Woche in die Dominikanische Republik zum Iberoamer-

ikanischen Gipfel reiste.

Der Generalstab des Präsidenten verfügt über 800 Angestellte und gibt monatlich über 10 Mio. Quetzales für die Präsidiale Sicherheit aus. Diese Institution ist diejenige, die (nicht nur) im Jahr 2002 die meisten zusätzlichen Überweisungen erhalten hat. Dabei gehört zu den 'Zwecken' neben der "Unterstützung der präsidialen Amtsführung" dann doch auch manches Mal die Einrichtung von sog. Bibliotheken für den Frieden.

Der Streit um die 'Eurobonos'

Guatemala, 22. Nov. Bereits 13 Einsprachen wurden beim Verfassungsgericht gegen die Emission von Schuldverschreibungen im Wert von 700 Mio. US-\$ eingereicht. Das am 10. Oktober von der FRG im Alleingang verabschiedete Regierungsdekret bezüglich der 'Eurobonos' verstosse in acht Punkten gegen die Verfassung, argumentieren die GegnerInnen. Zu den Einsprechenden gehören in erster Linie dem *Foro Guatemala* angehörende Wirtschafts- und Handelsvereinigungen, aber auch soziale Organisationen wie die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM).

An einer Pressekonferenz forderten VertreterInnen der Handels- und Industriekammer den Rücktritt von Finanzminister

Weymann und von Nationalbankpräsident Lizardo Soza. Die UnternehmerInnen befürchten, dass die Schuldverschreibungen eine Erhöhung der Steuern und Zölle nach sich ziehe und sich im Wechselkurs niederschlage. Weiter erinnerten sie an das Schicksal der 900 Mio. Quetzales, die aus den Privatisierungen staatlicher Unternehmen 'erwirtschaftet' wurden - sie verschwanden mehrheitlich in den Taschen der damaligen Machthaber. Internationale Finanzorganisationen wie der Internationale Währungsfonds wurden beschuldigt, Komplizen der Korruption zu sein und die zentralamerikanischen Unternehmen wurden aufgefordert, keine guatemalteckischen Staatsanleihen zu kaufen.

Runde Tische für eingleisige Gespräche

Guatemala, 22. Okt. Unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der *Organisation der Amerikanischen Staaten* (OEA) werden in der nächsten Zeit in Guatemala fünf Runtische ins Leben gerufen, an denen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Regierung und der entsprechenden Institutionen Themen nationaler Wichtigkeit diskutiert werden. Dies entspricht den Vereinbarungen, die während des Treffens der Konsultivgruppe über Guatemala zwischen Regierung, Gesellschaft und kooperierenden Ländern im vergangenen Februar in Washington D.C. getroffen worden waren.

An den Runtischen zu den Themen Versöhnung und Militär haben bereits die ersten Gespräche stattgefunden, weitere sollen zu den Themen Indígenas und Multikulturalität, ländliche Entwicklung, Menschenrechte, Justiz und Sicherheit sowie wirtschaftliche Entwicklung eingerichtet werden.

Während der Einweihungszeremonie des Runtisches zum Thema Militär erkannte Präsident Portillo an, dass die Leitlinien der Armee Kernstücke der Erfüllung der Friedensabkommen seien. Dabei erwähnte er,

dass nicht alle Informationen zum Thema Verteidigungspolitik vertraulich und geheim sein sollten, aber auch nicht alles für die Öffentlichkeit bestimmt sei.

Der Verteidigungsminister, General Robin Macloni Morán, versicherte, dass die Armee ihre neue Rolle in Zeiten des Friedens akzeptiere. Ausserdem – man höre und staune – erkenne die Armee ihre, der demokratisch gewählten zivilen Machtstrukturen untergeordnete Stellung an. Aufgrund dessen fühle er sich optimistisch angesichts der zu erwartenden Abkommen an diesem Tisch.

Unter Teilnahme von über 200 VertreterInnen sozialer Organisationen und der guatemalteckischen Regierung wurde auch der *Intersektorische Dialog über eine Kultur des Friedens und der Versöhnung* ins Leben gerufen. Dieses Dialogprojekt soll bis zum 20. Juni 2003 dauern, als Moderator wurde Erzbischof Rodolfo Quezada Toruño eingesetzt.

An diesem Runtisch sollen die sozialen Werte identifiziert und vereinbart werden, die einem zukünftigen nationalen Friedensprojekt als Grundlage dienen können. Im Bereich Versöhnung sollen unter anderem deren fördernden und hindernden Ele-

mente definiert und benannt werden.

Während der guatemalteckische Vertreter der OEA hofft, mit den am Dialog erarbeiteten Resultaten einen Beitrag für die Zukunft des Landes zu leisten, meinte Catalina Soberanis vom *Friedenssekretariat* (SEPAZ), dass die Regierung sehr an diesen Dialogen interessiert sei und hoffentlich die ersten Ergebnisse am nächsten Treffen der Konsultivgruppe vorgestellt werden könnten.

Die VertreterInnen sozialer Organisationen hingegen zeigten nicht übermässiges Interesse an einer Teilnahme an den Runtischgesprächen. Die daraus resultierenden Ergebnisse und Vereinbarungen seien nicht bindend und die FRG würde daraus eine Show für ihre Wahlkampagne und gegenüber der Konsultivgruppe machen. Sie seien es müde, endlose Diskussionen mit der Regierung zu führen, die ohne konkreten Ergebnisse enden, sind sich Iduvina Hernández von der *Vereinigung Sicherheit und Demokratie* (SEDEM), Daniel Pascual von der *Nationalen Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC) mit Patricia Monge von der Landwirtschaftskammer einig.

Verwirrende Versöhnung

Guatemala, 20. Nov. Nach drei Monaten Diskussionen und Verhandlungen reichten VertreterInnen ziviler Organisation und der Regierung Präsident Portillo einen Gesetzesentwurf ein, der die Bildung einer *Nationalen Wiedergutmachungskommission* (CNR) regelt. Die CNR soll ein Mandat für 10 Jahre erhalten und dafür zuständig sein, den Opfern des bewaffneten Konflikts eine Entschädigung zukommen zu lassen in Form von Häusern, Land, Produktivprojekten oder Bargeld. Weiter sind auch Programme für die psychosoziale Betreuung der Familienangehörigen von Opfern vorgesehen.

Miguel Angel Albizures von der *Allianz gegen Straffreiheit* (ACI) und Mitglied der Multisektoriellen Menschenrechtsinstanz, die den Gesetzesvorschlag ausgearbeitet hat, betonte, dass das Wiedergutmachungsprogramm keine Entschädigung für die ehemaligen Zivilpatrouillisten vorsehe. Diese Aussage steht im Widerspruch zu derjenigen Präsident Portillos, der vorschlug, das Programm mit Geld zu finanzieren, das aus der Emission von 'Eurobonos' stammt. Die Idee, Staatsanleihen im Wert von 700 Mio. US-\$ auf den Markt zu werfen, kam zum ersten Mal zur Sprache im Zusammenhang der Entschädigungsforderungen der PAC. So mutet es fast ein bisschen an, dass die wirklichen Opfer des Krieges erpresst werden sollen: "Ihr bekommt, wenn die andern (die Ex-PAC) auch bekommen". Dazu passt eine Meldung aus Cobán, Alta Verapaz, wo der

dortige Gouverneur einer Gruppe Frauen, die durch den Krieg zu Witwen wurden und die bereits im September eine Petition bezüglich Entschädigungszahlungen eingereicht hatte, zur Antwort gab, sie würden erst berücksichtigt, wenn klar wäre, wann und wieviel den Ex-PAC ausbezahlt werde.

Auch unter den Indígenaorganisationen scheint man sich uneinig zu sein, welche Position man gegenüber der CNR einnehmen will. Während Indígenas aus dem Ixil-Dreieck, aus Baja Verapaz, Solola und Huehuetenango eine Demonstration vor dem Kongress und dem Präsidentenpalast abhielten und die sofortige und bedingungslose Annahme des Gesetzesvorschlags forderten, erliessen andere Mayaorganisationen ein

Comuniqué, in dem sie sich zwar grundsätzlich für ein Wiedergutmachungsprogramm aussprachen, jedoch Kritik an dessen Ausformulierung anbrachten. Sie bemängelten, dass nirgends im Dokument der Begriff "Völkermord an der indigenen Bevölkerung" vorkommt und dass zwar von sexualisierter Gewalt, jedoch nicht von der Vergewaltigung von Mayafrauen die Rede ist. Unterzeichnet wurde das Dokument von Organisationen wie der Witwenorganisation CONAVIGUA, der Defensoría Maya, der Bewegung junger Mayas MOJOMAYAS, der Abteilung für Indígenabelange der Menschenrechtsorganisation CALDH, nicht jedoch von den BäuerInnenorganisationen wie CUC oder CONIC.

Berger macht das Rennen

Guatemala, 18. Nov. In den internen Wahlen der PAN um die Präsidentschaftskandidatur hat der ehemalige Bürgermeister der Hauptstadt und Ex-Präsidentschaftskandidat Oscar Berger seinen Gegenspieler, den Parteipräsidenten der PAN, Leonel López Rodas, ausgestochen. Dieser internen Wahl gingen Monate der Intrigen zwischen den beiden und ihren AnhängerInnen voraus. Nach seiner Niederlage betonte López Rodas, die Kandidatur Bergers zu unterstützen - gleichzeitig liess er Gerüchte über eine Manipulation der Vor-Wahlen kursieren.

AnalytikerInnen bezeichnen Berger als

den "Kandidaten der Oligarchie". Die grösste Herausforderung für Berger ist momentan, die polarisierte PAN wieder zu kanalisieren und die Kontrolle über die Partei zu behalten. Zum andern hat Berger eine äusserst lange Wahlkampagnezeit vor sich, was einen langen Atem und ein gutes Vermarktungskonzept bedingt. Es ist nicht einfach, während zwölf Monaten einen Präsidentschaftskandidaten gleich populär zu halten. Ein Popularitätsverlust Bergers würde die Position der FRG stärken - dass eine dritte Kraft ein solches Vakuum ausnützen könnte, scheint im Moment unwahrscheinlich.

Das liebe Geld

Guatemala, 12. Nov. Vor allem durch den Preisanstieg der Produkte der Lebenshaltung wurde im Oktober ein Anstieg der Inflation von 0.28% registriert, was die akkumulierte Inflationsrate diesen Jahres auf ein Niveau von 5.25% an hob. Diese Ziffer nähert sich dem festgelegten Jahresziel der Währungsbehörden an, die dieses auf 4% bis 6% angesetzt hatten.

Dem von dieser Einrichtung präsentierten Bericht über den Index des Verbraucherpreises (IPC) zufolge, wurde der Inflationsanstieg im Oktober durch den Preisanstieg von Propangas (22.51%), Benzin (1%), sowie eine Preiserhöhung in den Bereichen "Freizeit und Kultur" (0.63%) und "Bekleidung und

Schuhe" (0.32%) beeinflusst.

Um eine erneute Steigerung des Brotpreises zu vermeiden, kündigte das Wirtschaftsministerium (MINECO) seine Absicht an, das bislang autorisierte Kontingent für den zollfreien Import von Weizenmehl aus nicht-zentralamerikanischen Ländern von 70 Tausend auf 200 Tausend Tonnen zu erhöhen.

Auch die Nationalbank von Guatemala (BANGUAT) sieht sich mal wieder zur Tat gezwungen. Da die Notierung des US-Dollars in diesen Tagen seine sinkenden Tendenz in einem solchen Extrem beibehielt, blieb der Bank nichts anderes übrig als einzugreifen, um die Auswirkungen dieses 'Verhaltens' für Guatemala zu mässigen. Die Zentralbank

kaufte 3 Mio. US-Dollar für einen Preis von 7,60 Quetzales ein.

Diese Aktion war bereits die zweite Intervention der BANGUAT im Monat November und die dritte im laufenden Jahr. Insgesamt hat die nationale Einrichtung dabei 69,5 Millionen US-Dollar erworben, um jedes Mal wieder zu vermeiden, dass der Quetzal gegenüber der US-amerikanischen Währung nicht abgewertet würde.

Laut Aussagen von BetreiberInnen von Wechselstuben war der Markt gleich wieder gesättigt von Angeboten, jedoch blieb die Anzahl der Kaufenden gering. Nach ihren Einschätzungen hätte sich der US-Dollar weiter verbilligt, hätte die Zentralbank nicht eingegriffen.

Missionspläne

Guatemala, 14. Nov. Die Situation im Lande und das Fehlen von Garantien von Seiten der guatemalteckischen Institutionen bei der Erfüllung der Friedensverträge veranlasste UNO-Generalsekretär Kofi Annan zu dem Antrag, die *Überprüfungskommission der Vereinten Nationen in Guatemala*, MINUGUA, noch ein Jahr länger im Land zu belassen.

In seinem letzten Bericht, den er der UNO-Generalversammlung präsentierte, erklärt Annan, dass er in Hinblick auf die "Anzahl der Friedensabkommen, die noch einzulösen sind, und die allgemeine Verschlechterung der Situation im Land" die Verlängerung der Mission bis Dezember 2003 beantrage.

"Es gibt keine Garantien, dass die guatemalteckischen Sektoren, die von dem Übergang betroffen sind, die notwendige Kraft haben, ihre zusätzlichen Verantwortlichkeiten in dem Moment zu übernehmen, in dem sich die MINUGUA voraussichtlich zurückziehen wird," so der Bericht.

Annan weist darauf hin, dass "Lücken in der Abdeckung von solch entscheidenden Aspekten wie den Menschenrechten, den Rechten der indigenen Völker und der Entmilitarisierung noch krasser werden könnten, wenn die aktuellen politischen Tendenzen anhalten werden." Der UNO-Generalsekretär verbirgt auch nicht seine Sorge angesichts des nächsten Jahres, in dem der Wahlkampf noch mehr die Aufmerksamkeit von der (Nicht-)Erfüllung der Friedensverträge ablenken kann, und dies zu dem Zeitpunkt, der mit dem Weggang der UNO-Mission zusammenfällt.

Obwohl sich Annan dazu verpflichtete, sich zur Beratung mit interessierten UNO-Mitgliedsländern zusammen-

zusetzen, um eine mögliche Verlängerung des Mandats der MINUGUA zu erreichen, was bereits von der guatemalteckischen Regierung beantragt worden ist, betont der internationale Funktionär, dass die langfristige Nachhaltigkeit der Friedensabkommen einzig und allein von der Fähigkeit der GuatemalteckInnen abhinge, den in den Verträgen aufgestellten Friedens- und Demokratieplan einzuhalten.

Während des kommenden Jahres wird eine der Aufgaben der Mission sein, die bislang von ihr wahrgenommenen Verantwortlichkeiten auf nationale AkteurInnen zu übertragen. Die finanziellen Mittel der zentralen MINUGUA-Büros werden langsam verringert werden, jedoch die Höhe der regionalen Büros im ländlichen Raum beibehalten, so dass zwar eine verkleinerte, aber konzentrierte Leistungsfähigkeit zur Überprüfung und Begleitung gewährleistet ist, während die Aktivitäten zur Übergabe an den Menschenrechtsombudsmann, indigene Organisationen und die Entwicklungsräte ansteigen.

Diese Position von Kofi Annan stützt sich auf den gerade veröffentlichten 13. Bericht der MINUGUA, in dem von klaren Anzeichen einer Negativentwicklung des Friedensprozesses die Rede ist.

Der Bericht, der den Zeitraum von Juli 2001 bis Juni 2002 umfasst, weist darauf hin, dass die gerade im letzten Jahr sich verschlechternde Menschenrechtssituation eine Gefahr für die Konsolidierung des Friedensprozesses in sich birgt, wobei die Antwort des Staates deutlich schwach ausfalle.

Neben den bereits genannten Schwachstellen kritisiert MINUGUA-

Chef Tom Koenigs die Präsenz des Militärs bei Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichen Sicherheit, was ganz klar den Geist und Text der Friedensabkommen verletze.

Im Zusammenhang mit der Existenz von Untergrundgruppen im Land, betont Koenigs, dass die Regierung endlich ihre Verpflichtung einlösen müsste, gegen diese Gruppen anzugehen und sie aufzudecken. Dafür sei es aber zumindest notwendig, die Leistungsfähigkeit der Kriminalermittlungen zu stärken und Intelligenzorgane aufzubauen, die, wie es in den Friedensabkommen festgehalten ist, total zivil sein müssen.

Die MINUGUA nennt als eine ihrer Haupt Sorgen und als etwas, was zur Verschlechterung der Menschenrechtssituation beigetragen habe, den Zuwachs der Delinquenz allgemein, was sich u.a. in den 1143 registrierten Morden in den ersten vier Monaten dieses Jahres niederschlug.

Zu dieser Situation komme noch das anhaltende Klima der Belästigung und des Drucks gegen RichterInnen, JournalistInnen, Mitgliedern der Kirche oder der Gewerkschaften und PolitikerInnen sowie humanitär Helfende, aber auch die ansteigende Zahl von Lynchmorden. Hier wird das ernstliche Versagen von Institutionen in der Planung und Durchführung von Massnahmen zur Kontrolle solcher Verbrechen deutlich.

In dem Zeitraum, den der Bericht erfasst, wurden 13 aussergerichtliche Hinrichtungen und 25 Hinrichtungsversuche begangen; viele dieser Fälle waren, so der Bericht, durch die exzessiven Gewaltanwendungen von Seiten der Zivilen Nationalpolizei provoziert worden.